

DIE WTO ALS SYMPTOM UND INSTRUMENT EINER PROBLEMATISCHEN GLOBALEN GESELLSCHAFTSPOLITISCHEN ENTWICKLUNGSRICHTUNG

1. Einleitung	100
2. Die WTO als Symptom einer gesellschafts- politischen Entwicklungstendenz	102
3. Die WTO als Instrument spezifischer Interessen	103
4. Forderungen an eine "Weltwirtschafts- organisation"	119
5. Schlussbemerkungen über die Reformier- barkeit der WTO	121

Auszug aus WISO 3/2001

isw

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Weingartshofstraße 10
A-4020 Linz, Austria

Tel.: +43(0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889

E-Mail: wiso@ak-ooe.at

Internet: www.isw-linz.at

**Bernhard Mark-
Ungericht**

Assistent am Institut
für Internationales
Management der
Universität Graz

Susanne Mark

Politologin,
Mitarbeiterin von
"MUT – Mensch-
Umwelt-Tiefen-
ökonomie – Institut
zur Erforschung
globaler
Entwicklungen und
Lebensperspektiven",
Mitglied von ATTAC
(Arbeitsgruppe WTO)

Ernst Tüchler

Mitarbeiter im Volks-
wirtschaftlichen
Referat im ÖGB

1. Einleitung

*Wer macht
Wirtschaftspolitik?*

Bill Clinton sagte anlässlich eines Treffens der wichtigsten arabischen Staatsoberhäupter in Brunei am 15. 11. 2000, dass sich die Wirtschaft angesichts der Unklarheiten, ob nun Al Gore oder George Bush Präsident werden wird, keine Sorgen machen müsse, denn an der Wirtschaftspolitik der USA werde sich nichts ändern. – Eine interessante Aussage, wirft sie doch die Frage auf, wer denn nun die Wirtschaftspolitik macht, wenn nicht die Politik. Der Gang der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung erscheint als Selbstläufer ohne Akteur, als eine quasi-natürliche Entwicklung. Dieser ideologischen Perspektive ist eine Kritik der dominanten Institutionen entgegenzuhalten und eine dieser Institutionen ist die Welthandelsorganisation.

*drei Zugänge
apologetischer
Zugang*

Es gibt drei Zugänge, wie zur WTO und jeder anderen Institution Stellung bezogen werden kann: apologetisch, reformistisch oder kritisch. Der apologetische Zugang bringt, bewusst oder unbewusst, alles durcheinander: offizielle Ziele und inoffizielle Intentionen, Legitimationen und konkrete Handlungen. Bis am Ende Ziele mit Handlungen und Absichtserklärungen verknüpft werden, die kein anderer als ein legitimatorischer Zusammenhang verbindet. Eine solche Argumentation greift auf Informationen der Institution und ihrer Befürworter selbst zurück, ohne die Argumente mit Interessen und realen Entwicklungen zu verknüpfen. Letztlich stützt sich diese Herangehensweise nur mehr auf die Reproduktion von Ideologien: „ökonomische Globalisierungen, Deregulierung und Privatisierung als Wohlstandsmotoren“, „die WTO als unpolitische und interessenneutrale 'Experten'-Organisation“ etc.

*reformistische
Position*

Die reformistische Position anerkennt zumindest Kritikpunkte und Schwachstellen und damit andere Sichtweisen. Sie will v. a. unerwünschte „Nebenfolgen“ beseitigen helfen, bleibt aber grundsätzlich blind für eine tiefer liegende Problematik. Das, was reformiert werden soll, bezieht sich nur auf Aspekte, die einem reibungsloseren Funktionieren im Wege stehen.

Mängel werden nicht als Symptom eines größeren Zusammenhanges betrachtet, sondern als behebbare Abweichungen. Die Reformvorschläge bleiben deshalb zumeist im Bestehenden stecken, halten an der Perfektionsattitüde unbeirrbar fest, auch wenn es um die Perfektionierung und Effizienzsteigerung des Übels geht. Der reformistische Blick ist institutionell gebannt. Auf dem schmalen Grat zwischen Systemstabilisierung und Systemumbau fällt die reformistische Perspektive zumeist auf die Seite der Stabilisierung, weil Interessen und Wirkungszusammenhänge tendenziell ausgeblendet werden. Auf die WTO bezogen würden z. B. Forderungen nach einer institutionalisierten Einbeziehung von Interessensgruppen, eine höhere Transparenz (z. B. Publikation von Entscheidungen der Streitbeilegungsgremien), eine andere Zusammensetzung der entscheidenden Gremien, Finanzierungsfragen etc. einer reformistischen Perspektive entsprechen, ohne daß damit die grundsätzliche Substanz der WTO und ihre Problematik direkt thematisiert oder verändert werden würde.

*institutionell
gebannt*

Eine kritische Position einzunehmen würde bedeuten, kritische Fragen zu stellen, z. B. inwieweit eine Organisation wünschenswerte Ziele verfolgt oder deren Erreichung behindert. Welche Interessen eher verwirklicht werden und welche Interessen beiseite gedrängt werden, welche Zukunftsentwürfe propagiert und welche Stimmen systematisch ausgeschlossen werden. Anders als in der apologetischen und der reformistischen Perspektive wird eine Organisation nicht als für sich stehend betrachtet, sondern als Symptom eines größeren gesellschaftlichen Entwicklungstrends und erst dann kann die Frage gestellt werden, wie heute Institutionen aussehen müssten, um den weltweit drängendsten Problemen begegnen zu können. Um die WTO angemessen beurteilen zu können, werden wir im Folgenden auf vier Aspekte näher eingehen:

kritische Position

*vier Aspekte der
Beurteilung*

- die WTO als Symptom einer gesellschaftspolitischen Entwicklungstendenz
- die WTO als Instrument spezifischer Interessen
- Forderungen an eine „Weltwirtschaftsorganisation“ angesichts der globalen Problemlagen

- Schlussbemerkungen über die Reformierbarkeit der WTO

2. Die WTO als Symptom einer gesellschaftspolitischen Entwicklungstendenz

*zentrale Aspekte
dieser
Entwicklung*

Die WTO ist, um sie in ihren Konsequenzen verstehen zu können, als Symptom einer umfassenderen gesellschaftspolitischen Entwicklung zu analysieren. Die zentralen Aspekte dieser Entwicklung sind die Herausbildung einer international vernetzten Ökonomie, der Aufstieg Transnationaler Unternehmen als bedeutender kollektiver politischer Akteur, die veränderte Rolle von Nationalstaaten und der Siegeszug einer neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsideologie. Diese Aspekte sind nicht voneinander getrennt zu beurteilen, sondern bilden ein gesellschaftspolitisches Feld, das notwendigerweise Organisationen wie die WTO hervorbringen muss. Mit der zunehmenden Internationalisierung und globalen Vernetzung ökonomischer Akteure, dem Aufbau transnationaler Produktions- und Absatznetzwerke durch Transnationale Unternehmen ist die interessenspezifische Forderung verbunden, weltweit die gleichen Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Tätigkeit vorzufinden und bestehende Hindernisse des weltweiten Austauschs von Gütern und Dienstleistungen zu beseitigen. Da internationale Wirtschaftsbeziehungen auch anders als derzeit gestaltet werden können, muss die Frage gestellt werden, worin die Ursachen für die aktuellen Verhältnisse und Entwicklungswege liegen. Auf Basis einer neokonservativen Wende in den 80er Jahren in den führenden Industriestaaten (Kohl, Thatcher, Reagan) gewann die neoliberale Ideologie an Bedeutung, wonach der Einfluss von Staaten auf den Bereich der Wirtschaft zurückgedrängt und die internationale Wirtschaft dereguliert werden müsse. Im Gefolge dieser Entwicklung veränderte sich die Rolle von Transnationalen Unternehmen und Nationalstaaten nachhaltig: Auf der politischen Ebene ist es zu einer Machtverschiebung zwischen Politik und Wirtschaft bzw. zwischen Regierungen und Transnationalen Unternehmen gekommen. Im Rahmen der wirtschaftlichen Globalisierung konnten Unter-

*weltweit die
gleichen
Rahmen-
bedingungen*

*konservative
Wende*

*Machtver-
schiebung*

nehmen staatliche Grenzen relativ problemlos überschreiten und die einzelnen Länder über den Standortwettbewerb gegeneinander ausspielen.¹ Transnationale Unternehmen werden gegenüber Regierungen und Gewerkschaften im Prozess der Globalisierung mächtiger, weil sie jene Quellen – tatsächlich (reale Macht) oder nach allgemeinem Dafürhalten (ideologische Macht) – kontrollieren, aus denen Regierungen und Gewerkschaften ihre Macht schöpfen: (Steuer-)Einkünfte und Jobs.² Durch transnationale Produktions- und Handelsnetzwerke sinkt zudem die Fähigkeit von Staaten, in ihrem Staatsgebiet Wert abzuschöpfen – das Geld wird flüchtig. Mit dem Ansteigen der Staatsausgaben und der gleichzeitig beschränkten Möglichkeit der Beschaffung von Finanzmitteln gerät der Staat in Abhängigkeit von internationalen Kapitalmärkten. Der damit einhergehende Umbau des Staates in einen Wettbewerbsstaat und die Zurückdrängung des Wohlfahrtsstaates wurde durch die sozioökonomischen und konservativen politischen Kräfte der USA und Westeuropas in den 80er und 90er Jahren noch zusätzlich durch Einschnitte bei den Abgaben auf Gewinne, Steuerermäßigungen, Erhöhung der internationalen Kapitalmobilität und die staatliche Deregulierung und Privatisierung von Wirtschaftssektoren vorangetrieben. Die politischen Machtzentren verschoben sich zugunsten von Bürokratie, Technokratie und transnationalen ökonomischen Akteuren (welche wiederum enormen Einfluss auf staatliche und überstaatliche Bürokratien ausüben können)³. Staatliche Souveränität wird an größere politische Einheiten abgegeben (EU, NAFTA), durch multilaterale Abkommen beschränkt oder an internationale Organisationen wie die WTO übertragen.

Transnationale Unternehmen werden mächtiger

Geld wird flüchtig

Umbau des Staates in einen Wettbewerbsstaat

Abgabe von Souveränitätsrechten

3. Die WTO als Instrument spezifischer Interessen

Die Gründung einer Welthandelsorganisation erscheint aus der Perspektive der veränderten Rahmenbedingungen als logischer, wenn auch nicht notwendiger Schritt. Mit dem Übergang vom GATT zum WTO-System wurde den veränderten

Übergang vom GATT zum WTO-System

*Grundstein nach
Ende des
Zweiten
Weltkrieges*

ökonomischen und machtpolitischen Verhältnissen Rechnung getragen. Der Grundstein einer Liberalisierung der Weltwirtschaft wurde mit dem GATT nach Ende des Zweiten Weltkrieges gelegt. Mit der Gründung der WTO wurden nicht nur die neoliberalen Elemente des GATT konsequent und mit steigender Geschwindigkeit gestärkt, das heutige WTO-System stellt gegenüber der GATT-Ordnung einen qualitativen Sprung dar. Nahezu jeder Bereich, der wirtschaftlich relevant ist, ist prinzipiell einem Liberalisierungszwang unterworfen. Das WTO-System geht damit also über das Ziel der Liberalisierung des Handels hinaus. Die WTO-Mitgliedsländer vereinbarten im Dezember 1993 einen Vertrag von 20.000 bis 25.000 Seiten Umfang (einschließlich Anhänge), der fast alle bestehenden nationalen Gesetze über Wirtschaft und Gesellschaft einem Deregulierungszwang unterwirft. Der WTO-Vertrag besteht aus 28 so genannten „Hauptkapiteln“, welche sich auf sechs Bereiche aufteilen:

*20.000 bis
25.000 Seiten
Umfang*

sechs Bereiche

- I Multilateral Agreement on Trade in Goods
- II General Agreement on Trade in Services (GATS)
- III Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights (TRIPs)
- IV Understanding on Rules and Procedures Governing the Settlement of Disputes
- V Trade Policy Review Mechanism (TRPM)
- VI Plurilateral Trade Agreements

Die erste Kategorie umfasst die meisten der Abkommen. Die wichtigsten sind dabei:

1. General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) – das auf die Eliminierung von Zöllen und Tarifen und die Eliminierung nicht-tarifärer Handelshemmnisse abzielt (inklusive Kapitalbewegungen).
2. Agreement on Agriculture (AOA)
3. Agreement on the Application of Sanitary and Phytosanitary Measures (SPM)
4. Agreement on Textiles and Clothing

5. Agreement on Technical Barriers to Trade (TBT)
6. Agreement on Trade-Related Investment Measures (TRIMs)

Die WTO verwaltet und implementiert die verschiedenen Abkommen, fungiert als Verhandlungsforum, schlichtet Streitfälle und überwacht die Wirtschaftspolitik der Mitgliedsländer. Streitfälle zwischen zwei Ländern werden unter Ausschluss der Öffentlichkeit von drei Schiedsrichtern behandelt. Wenn ein Land nach Ansicht der drei Schiedsrichter gegen WTO-Recht verstoßen hat, ist es verpflichtet, seine gesetzlichen Bestimmungen entsprechend abzuändern, permanente Schadenersatzzahlungen zu leisten oder es wird mit Handelssanktionen belegt. Das Schiedsgericht folgt dabei der am wenigsten handelshemmenden Bestimmung – Freiwilligkeit ist Verpflichtung vorzuziehen, Konsumenteninformation ist Verboten vorzuziehen. Die auf Schiedsgericht und Strafzollregelung basierte Machtfülle der WTO unterscheidet sie von allen anderen internationalen Abkommen.

Verhandlungsforum

*drei
Schiedsrichter*

Auf der Ebene der WTO spiegeln sich die oben angeschnittenen Transformationsprozesse wider:

Transformationsprozesse

- Die Macht Transnationaler Unternehmen und ihrer Lobbyorganisationen
- Die veränderte Rolle von Nationalstaaten und voranschreitende Entdemokratisierungsprozesse
- Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung als zentrale WTO-Prinzipien

3.1. Die Macht Transnationaler Unternehmen und ihrer Lobbyorganisationen

Wer die WTO v. a. auch hinsichtlich ihrer Auswirkungen verstehen will, sollte auf politische Entscheidungsprozesse und Akteure achten, welche sich hinter den offiziellen institutionellen Reglements und scheinbar objektiven Verfahren befinden. Transnationale Unternehmen waren nicht nur die Ersten, welche Nutzen aus den technologischen Möglichkei-

*scheinbar
objektive
Verfahren*

Druck auf die Politik ten einer internationalen Arbeitsteilung zogen und internationale Beschaffungs- und Produktionsnetzwerke etablierten, sondern sie erzeugen seit den 80er Jahren einen zunehmenden Druck auf die Politik, diese profitablen Rahmenbedingungen rechtlich festzuschreiben und weiter auszubauen. Transnationale Unternehmen und ihre Lobbyorganisationen beeinflussten die Entstehungsgeschichte der WTO und ihre Ausgestaltung ebenso wie Verhandlungen und Verhandlungsergebnisse in nahezu allen Teilbereichen der WTO-Verträge.

Internationale Handelskammer (ICC) Es ist deshalb kaum verwunderlich, dass die Internationale Handelskammer (ICC) – eine der einflussreichsten Lobbyorganisationen – die WTO als Organisation betrachtet, deren Zielsetzungen mit jenen der ICC deshalb übereinstimmen, weil sie an deren Schaffung und Ausgestaltung maßgeblich mitwirkte: *„For almost half a century, ICC gave strong support to several successive rounds of negotiations to liberalize world trade carried out under the aegis of GATT. We were particularly supportive of the ambitious Uruguay Round negotiations, which resulted in unprecedentedly wide-ranging agreements to further reduce tariff and non-tariff barriers to trade, and which initiated a process of extending multilateral rules to new trade-related policy areas of major importance to world business. We warmly welcomed the creation of the World Trade Organization (WTO), with its strengthened dispute settlement machinery, as a powerful new institution through which governments can develop and enforce global rules.“*⁴

im eigenen Interesse beeinflussen Um ihre Interessen durchzusetzen versuchten die ICC und andere Lobbyorganisationen Transnationaler Unternehmen die Politik der WTO-Mitgliedsländer im eigenen Interesse zu beeinflussen und direkt Einfluss auf WTO-Verhandlungen zu nehmen. Hintergrund bildet die neoliberale Überzeugung, dass der Einfluss von Staaten zurückgedrängt werden müsse und die Industrie selbst die Regeln und Standards festzuschreiben solle. Im Hinblick auf die neue Verhandlungsrunde in diesem Herbst stellt die ICC fest: *“ICC national committees*

in the capitals of WTO member countries are handing the statement directly to their governments. It was timed to exert maximum business pressure ahead of the WTO's self-imposed deadline of the end of July for securing agreement on new negotiations“, denn *„Multilateral rule-making has to adapt itself to the faster pace of change in a global marketplace in order to keep the rules aligned with rapidly-evolving business realities and requirements.“*⁵ – Das heißt, Aufgabe von Politik ist es nicht mehr länger einen langfristigen Nutzen für die Bevölkerungen möglich zu machen oder Schaden abzuwehren, indem Entwicklungen eingeleitet oder verändert werden, sondern Aufgabe von Politik besteht nur mehr darin, „business requirements“ zu erfüllen. Die Zurückdrängung des Einflusses der Politik wird folgendermaßen begründet: *„Increased reliance on free enterprise, open markets and competition implies less detailed governmental regulation.“*⁶ Und deshalb wird es als nahe liegend erachtet, dass die Industrie gleich selbst die Regeln festschreibt: *„Because of the fast-moving technology ... technical and regulatory standards and solutions should be primarily developed by the private sector.“*⁷

*Aufgabe von
Politik*

Wie bei allen anderen Verhandlungsrunden beginnt die Beeinflussung bereits im Vorfeld der Verhandlungen und begleitend zu den Verhandlungen. Neben den einzelnen Regierungen betont die ICC u.a. mit der WTO-Führung selbst und der G7 in engem Kontakt zu stehen: *„At its regular meetings with ambassadors to the World Trade Organization, ICC is promoting business ideas and objectives for achieving a successful new round of trade negotiations.“* ... *„Every year, the head of the host government of the G7 industrial countries confers with the ICC presidency on the eve of the summit. The consultation has proved to be a highly effective means of channelling business recommendations to the summit leaders.“*⁸ Hinsichtlich der Verhandlungen hält die ICC fest: *„Once the negotiations are launched, our business experts will convey to governments detailed recommendations in relation to the policy areas addressed in the new round.“*⁹

*Beeinflussung
bereits im
Vorfeld*

- Transatlantischer Business Dialog (TABD)* Eine andere Lobbyorganisation, der Transatlantische Business Dialog (TABD) ist sich seiner Nähe zu den politischen Entscheidungsträgern ebenfalls sehr sicher. Dies mit einigem Recht, da der TABD, eine gemeinsame Organisation der wichtigsten US- und EU-Unternehmen, offiziellen Beraterstatus bei der EU-Kommission und dem US-Außenhandelsministerium besitzt. Anlässlich eines TABD-Treffens, an welchem der U.S. Secretary of commerce, Donald Evans, teilnimmt, wird die Position des TABD unmissverständlich ausgedrückt: „*The TABD gave a firm warning to the U.S. Administration and European Commission that there is a serious risk of back-sliding on global trade liberalization if the governments do not achieve an agreement on the launching of a new round of negotiations in the World Trade Organization...*“¹⁰ Donald Evans wird folgendermaßen zitiert: „*A government`s role is to create an environment where the entrepreneurial spirit can flourish and then allow the free market to work. ... I look forward to working with the TABD to build an environment conducive to free trade.*“¹¹
- James Schiro (TABD-Vorsitzender)* Der aktuelle TABD-Vorsitzende James Schiro, CEO von Pricewaterhouse Coopers, hält hinsichtlich der Kooperation zwischen TABD und den Regierungen in WTO-Fragen fest: „*The long-standing objectives of the TABD provide a common ground for the work of the new U.S. Administration, European Commission and our legislators.*“¹²
- Helmut Maucher (Nestlé)* Die Ziele hinsichtlich der WTO beziehen sich dabei ausdrücklich auf die Ausdehnung der von der WTO erfassten Bereiche (z. B. Dienstleistungen, Landwirtschaft), einen schnellen Abschluss der Verhandlungen und den Ausschluss von Umweltfragen und sozialen Fragen (z. B. Arbeitnehmerrechte). Hinsichtlich des Schutzes der natürlichen Umwelt und der grundlegenden Interessen der Arbeitnehmer (Gewerkschaftsfreiheit, Verbot von Zwangsarbeit, Kinderarbeit, Verbot der Diskriminierung etc.) hält Helmut Maucher (Nestlé), damals Präsident der Internationalen Handelskammer, in einer Rede fest: „*The question of labour standards should be addressed in order to strengthen consensus on basic rules. But we must*

*do this in the appropriate form of the ILO. Cross-border environmental problems should be resolved in a responsible way through multilateral environmental agreements and not by trade measures.*¹³

Die gleiche Forderung wird vor der neuen WTO-Runde im Herbst dieses Jahres erhoben:

„The WTO-based multilateral trading system should not be called upon to deal with such non-trade issues as human rights, labour standards and environmental protection. To call on it to do so would expose the trading system to great strain and the risk of increased protectionism while failing to produce the required results. The right place for addressing these issues is the UN and its appropriate agencies.“¹⁴

Bevorzugt werden freiwillige Initiativen wie der „Global Compact“ der Vereinten Nationen, dessen Ziel die Wahrung der Menschenrechte, Arbeitnehmerrechte und Umweltrechte ist. Die ICC ist gemeinsam mit einer Reihe von Unternehmen Mitglied im Global Compact. ICC Präsident Adnan Kassar hält hierzu jedoch unmissverständlich fest: *„There must be no suggestion of hedging the Global Compact with formal prescriptive rules. We would resist any tendency for this to happen.“¹⁵*

*Forderung der
neuen WTO-
Runde*

*freiwillige
Initiativen
werden bevorzugt*

Hier wird die interessengeleitete Argumentation der ICC deutlich: Internationaler Handel darf im Rahmen der WTO nicht mit „nicht-handelsrelevanten Themen“ wie Menschenrechten, Arbeitnehmerrechten und Umweltschutz verknüpft werden. So, als hätten Produktionsmethoden, Arbeitsmethoden und politisches System nichts mit Ökonomie zu tun. Profit ohne lästiges ethisches oder juristisches Beiwerk lautet die Devise hinter einer derartigen Haltung. Das Streitbeilegungsgremium der WTO kann gar nicht anders, als die existenten WTO-Prinzipien zur Anwendung zu bringen, was bedeutet, dass derzeit die Interessen von Arbeitnehmern, Umwelt, Menschenrechten etc. hintangestellt werden, da sie auch dann nicht den Schiedsspruch beeinflussen, wenn ökonomische Streitfälle diese Interessen betreffen. Entschieden wird ausschließlich auf Basis des Liberalisierungsgebotes der

*nicht handels-
relevante
Themen*

WTO-Verträge.

<i>Hormonfleisch- streit</i>	Der Einfluss von Transnationalen Unternehmen zeigt sich nicht nur bei der Ausgestaltung der WTO-Bestimmungen, sondern auch bei deren Anwendung und der Schaffung der Grundlagen der Anwendung. Der so genannte Hormonfleischstreit zwischen der EU und den USA ist ein Beispiel hierfür: Im Mai 1997 entschied ein aus drei Personen bestehendes Streitbeilegungsgremium der WTO, dass das Einfuhrverbot der EU für hormonbehandeltes Rindfleisch gegen WTO-Recht verstößt. Die Hintergrundmusik spielten Monsanto und einflussreiche europäische und amerikanische Lobbyorganisationen. Nach intensivem Lobbying durch Monsanto, die US National Cattlemen`s Association, das US Dairy Export Council, die National Milk Producers Federation brachte die US-Regierung den Fall vor die WTO. In Europa versuchte die Industrie (z. B. über die European Federation of Pharmaceutical Industry Associations und EuropaBio – eine Vereinigung der wichtigsten Unternehmen im Genmanipulationsgeschäft) die EU-Kommission unter Druck zu setzen, um die Konsumentenschutzbestimmungen zu verändern und auch für europäische Produzenten Wachstumshormone zuzulassen.
<i>intensives Lobbying</i>	Die Entscheidung des WTO-Streitbeilegungsgremiums, das Importverbot als WTO-widrig zu erklären, fußte auf einem anderen WTO-Abkommen, dem Sanitary and Phytosanitary Agreement (SPM). Dieses Abkommen bevorzugt insofern die Industrie, als das Vorsichtsprinzip eingeschränkt wird (z. B. die langfristigen Auswirkungen auf die Gesundheit der Konsumenten): es muss der eindeutige und zweifelsfreie wissenschaftliche Nachweis der Gefährlichkeit und nicht der Ungefährlichkeit erbracht werden. Die Problematik der Umkehrung der Beweisführung wird an einem anderen Beispiel, dem Folpet-Fall deutlich: Folpet ist ein Krebs erregendes Fungizid. Sechs Wochen nach Inkrafttreten der WTO legten US und ausländische Unternehmen in den Bereichen Chemie und Landwirtschaft Protest gegen den Plan der US-Umweltbehörde ein, alle Produkte zu verbieten, welche Folpetrückstände enthalten. Folpet selbst wurde bereits 1988 in den USA
<i>Entscheidung des WTO- Streitbeilegungs- gremiums</i>	
<i>Folpet-Fall</i>	

verboten. Ein Grund, warum Folpet verboten wurde, war die mangelnde Bereitschaft der Unternehmen die US-Umweltbehörde mit Unterlagen zu versorgen, welche die Unbedenklichkeit des Produktes nachprüfbar machen sollte. Nun stellen dieselben Firmen fest, dass nach WTO-Abkommen es den USA nicht erlaubt ist, einen Nahrungsmittelstandard zu haben, der vom Codex Alimentarius abweicht, außer es kann eine Bedenklichkeit eindeutig wissenschaftlich nachgewiesen werden. Ohne die Informationen der Industrie selbst ist es aber der Umweltbehörde kaum möglich, den Erfordernissen der WTO-Regeln zu entsprechen. Die Absicht, alle Produkte mit Folpetrückständen zu verbieten, musste zurückgenommen werden. Der Codex Alimentarius selbst ist ein Musterbeispiel dafür, wie die Industrie Einfluss auf die Gestaltung der Rahmenbedingungen nimmt. Mit der Entdeckung von Fragen der Nahrungsmittelsicherheit als mögliches Handelshemmnis gewann die Codex Alimentarius Commission an Bedeutung. Diese führte ursprünglich ein Schattendasein und wurde erst durch die WTO-Bestimmungen als weltweiter Standard aufgewertet. Der Codex selbst ist einseitig auf Bedürfnisse der Industrie und weniger auf Bedürfnisse der Konsumenten ausgerichtet. Solange der Codex eine Vereinbarung innerhalb der wenig einflussreichen UNO war, kam diese Einseitigkeit nicht zum Tragen. Dies änderte sich aber mit dem GATT ab 1994 bzw. der WTO ab 1995. Tim Lang, Professor für Nahrungsmittelpolitik an der Thames Valley Universität London,¹⁶ weist darauf hin, dass fast ein Viertel der Teilnehmer in den Codex-Komitees Vertreter derjenigen TNCs waren, deren Produkte in Frage gestellt wurden; dass 26 Vertretern von Organisationen, die ein öffentliches Interesse vertreten (z. B. Konsumentenschutz), 662 Vertreter der Industrie gegenüberstanden; 39 % der Teilnehmer der Arbeitsgruppe über Nahrungsmittelzusätze und –verunreinigungen waren Vertreter von TNCs. Im Komitee, welches im Jahr 1997 Fragen der Kennzeichnungspflicht behandelte, waren acht Regierungsvertreter, 10 Industrievertreter und drei NGO-Vertreter. Die Entscheidung des WTO-Streitbeilegungsgremiums im Hormonfleisch-Fall basierte ebenfalls auf dem Codex Alimentarius,

*keine
Informationen
der Industrie*

*Codex
Alimentarius*

*662 Vertreter der
Industrie*

die damalige Abstimmung über die Unbedenklichkeit von Hormonen endete mit 33 Stimmen für die Unbedenklichkeit und 29 für die Bedenklichkeit von Hormonen in Nahrungsmitteln (bei sieben Enthaltungen). Ein von Industrievertretern maßgeblich beeinflusster (laxer) internationaler Standard (Codex Alimentarius) wird damit über ein WTO-Abkommen (SPM) zur Entscheidungsgrundlage für ein WTO-Streitbeilegungsgremium, dessen oberste Zielsetzung in der Förderung der Beseitigung von Handelshemmnissen im Interesse von Unternehmen liegt. Der Einfluss der Industrie ist aber auch auf WTO-Abkommen direkt feststellbar. Das Abkommen zu den handelsbezogenen intellektuellen Besitzrechten (TRIPS) entspringt einer Initiative von 13 US Unternehmen wie Bristol Myer, Dun Pont, Monsanto¹⁷ etc., welche das „Intellectual Property Committee (IPC) gründeten. Ziel war es, das Thema im Interesse der Industrie zu gestalten und im Rahmen des GATT/WTO ein Abkommen zu ermöglichen. Tatsächlich gelang es die US-Regierung davon zu überzeugen und die offizielle Verhandlungsposition der USA mitzugestalten. Im eigentlichen Verhandlerteam der USA waren von 111 Delegationsmitgliedern 96 direkt Vertreter von TNCs.¹⁸ Der Einfluss von Unternehmen auf die Gestaltung der Weltwirtschaft wird im Englischen treffend als „corporatization“, „corporate globalization“ oder „corporate rule“ bezeichnet, um auf die maßgeblichen Gestaltungskräfte und die damit verbundenen Interessen hinzuweisen.¹⁹

(laxer) internationaler Standard

handelsbezogene intellektuelle Besitzrechte (TRIPS)

Einfluss von Unternehmen

3.2. Die veränderte Rolle von Nationalstaaten und voranschreitende Entdemokratisierungsprozesse

Die Art und Weise, wie die gegenwärtige internationale Ökonomie gestaltet wird, ist von weitreichenden Entdemokratisierungsprozessen begleitet. Diese Prozesse laufen auf mehreren Ebenen gleichzeitig ab:

mehrere Ebenen

- "Wettbewerbsfähigkeit"*
- Nationalstaatliche Kompetenz wird auf das Superziel „internationale Wettbewerbsfähigkeit“ fokussiert. Gut, richtig und legitim ist, was diesem Ziel dient, alles andere wird

- entwertet.
- Wirtschafts- und gesellschaftspolitische Fragen werden von der Ebene der Politik zusehends auf eine technische Ebene verschoben. „Experten“ entscheiden in geschlossenen Foren, die einer demokratischen Beeinflussung weniger zugänglich sind als einer interessensspezifischen. *auf eine technische Ebene verschoben*
 - Die Fähigkeit demokratisch legitimierter Institutionen und Organe regulierend einzugreifen schwindet aufgrund transnationaler Kompetenzverlagerung und bewirkt eine Entwertung lokaler demokratischer Institutionen. Demokratie braucht aber konkrete Orte – mit der transnationalen Verlagerung von Kompetenzen wird der Demokratie der Nährboden entzogen, sie wird ausgehöhlt und entleert. *Demokratie braucht konkrete Orte*
 - Neu geschaffene transnationale Organisationen wie die WTO sind demokratisch nicht legitimiert, kaum transparent und nicht zur Rechenschaft zu ziehen. *nicht zur Rechenschaft zu ziehen*

Die WTO ist nicht nur durch die wenig transparenten internen Abläufe, durch den Einfluss von Lobbyorganisationen der Industrie und die einseitige Ausrichtung auf das Ziel der Förderung des grenzüberschreitenden Verkehrs von Gütern und Kapital charakterisiert, ein anti-demokratischer Grundzug kam bereits bei der Gründung und bei den Möglichkeiten, die geltenden Verträge einer Reform zu unterziehen, zum Ausdruck.

anti-demokratischer Grundzug

Obwohl das WTO-Recht über den Verfassungen der Mitgliedsländer steht, ganze Rechtsmaterien aus der nationalen Gestaltungshoheit herausnimmt und auch für die Europäische Union bindend ist, hat in keinem der WTO-Mitgliedsländer eine Abstimmung darüber stattgefunden. Es ist mehr als fraglich, ob, wenn ein weltweites Plebiszit über die WTO-Regeln stattfinden würde, diese eine ernsthafte Unterstützung finden würden. Als der endgültige Text der Uruguay-Runde (einschließlich des Abkommens von Marrakesch, in welchem die Gründung der WTO dargelegt wird) vorlag und das Marrakesch-Abkommen an den US-Kongress zur Ratifizierung übermittelt wurde, bot der Aktivist (und spätere Präsidentschaftskandidat) Ralph Nader an, jedem Abgeordneten

weltweites Plebiszit

US \$ 10.000 zugunsten einer wohltätigen Einrichtung zu überweisen, der das Abkommen gelesen und einige Fragen dazu beantworten könne. Nur ein Abgeordneter, der republikanische Senator Hank Brown, erklärte sich dazu bereit – und änderte seine Meinung und stimmte gegen den WTO-Beitritt.

ohne öffentliche Anhörung, ohne öffentlichen Diskurs Ohne dass öffentliche Anhörungen oder ein öffentlicher Diskurs darüber stattfanden, wurde ein Abkommen unterzeichnet, das geeignet ist, nationales und regionales Recht außer Kraft zu setzen, das internationale Abkommen unterminiert sowie die Erklärung der Menschenrechte, die Agenda 21 des Gipfels von Rio 1992 und multilaterale Umweltabkommen wie die Konvention zum Schutz der biologischen Vielfalt oder das Kyoto-Protokoll verletzt. Das gesamte WTO-Recht umfasst eine Komplexität, die kaum ein Abgeordneter, kein Verhandler zu überschauen in der Lage war und ist, einzelne Abschnitte wurden von Unter-Arbeitsgruppen unter direktem Einfluss von Transnationalen Unternehmen verfasst. Mindestens ebenso schwerwiegend wie die wenig demokratische Entstehungsgeschichte ist die Tatsache, dass eine tief greifende Reform der WTO und der handlungsleitenden Prinzipien kaum möglich ist.

tief greifende Reform kaum möglich Durch die Unterwerfung ganzer nationaler Gesetzesbereiche (z. B. die Sozialversicherung) unter den WTO-Vertrag können diese Materien auch bei einer hundertprozentigen gegenteiligen Mehrheit im Nationalrat nur mehr in die Richtung weiterer Deregulierung weiterentwickelt werden. Wenn bestimmte Bereiche bereits dereguliert sind, ist eine Änderung der wirtschaftspolitischen Ausrichtung nur mehr durch einen WTO-Austritt möglich. Dies deshalb, weil die WTO nur für die Umsetzung der WTO-Verträge zuständig ist, also die Deregulierungsschritte zu überwachen hat, selbst aber vertraglich nicht in der Lage ist, die Gesetze, die national dereguliert werden, auf der WTO-Ebene zu regulieren. Die WTO kann also nicht die Regulierungsfunktion der WTO-Mitgliedsländer übernehmen, sondern überwacht nur, ob die Deregulierung auch „richtig abläuft“. In diesem Fall ist aber niemand mehr für die auf diese Art deregulierten Gesetzesmaterien zuständig bzw. werden diese dem freien Spiel der Marktkräfte überlassen. Schlimmer noch: Würde der theore-

freies Spiel der Marktkräfte

tische Fall eintreten, dass der WTO-Vertrag sich als gesellschaftspolitischer „Irrtum“ herausstellt und die Mehrheit der WTO-Mitgliedsländer für einen Regulierungsauftrag der WTO eintritt, wäre ein Erfolg einem Glücksfall gleichzusetzen: Vorschläge zur Vertragsänderung könnten zwar eingebracht werden, aber die WTO-Ministerkonferenz entscheidet mit zwei Drittel Mehrheit darüber, ob dieser Vorschlag den WTO-Mitgliedern überhaupt vorgelegt wird. Und selbst dann wäre die Änderung erst gültig, wenn sie von allen 141 Mitgliedern angenommen worden ist. Eines von 140 Mitgliedern wird aber auch in Zukunft einen Grund haben, warum es einer Regulierung entgegensteht. Die WTO kann so als „eisernes Gefängnis“ der gesellschaftlichen Entwicklung betrachtet werden.

*gesellschafts-
politischer
"Irrtum"*

*eisernes
Gefängnis*

3.3. Liberalisierung, Deregulierung, Privatisierung als zentrale WTO-Prinzipien

Im WTO-Vertrag geht es im Gegensatz zum GATT nicht mehr hauptsächlich um Zölle, sondern um eine andere ökonomische und politische Entwicklungsrichtung der Gesellschaft. Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung sind die Leitplanken der wirtschaftspolitischen Entwicklungsrichtung, deren Symptom die WTO ist. Der WTO-Vertrag läuft in seiner Gesamtheit darauf hinaus, sämtliche Gesetze betreffend Wirtschaft und Gesellschaft zu deregulieren, ja zu entfernen, weil die WTO selbst keine Regulierungskompetenz hat. Die Deregulierung von Wirtschaft und Gesellschaft – anders ausgedrückt: der Rückzug des Staates und des Gemeinwesens – ist das Grundpostulat des Neoliberalismus, der WTO-Vertrag ist eines der wichtigsten Instrumente dazu.²⁰

*Leitplanken der
wirtschafts-
politischen
Entwicklungs-
richtung*

Diese in das WTO-System eingeschriebenen Grundprinzipien: Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung stehen über allen anderen möglichen Werten und Entscheidungsgrundlagen. Dies soll am Beispiel der laufenden GATS-Verhandlungen und dem Verhältnis von Umweltschutz und WTO-Recht kurz dargestellt werden:

*über allen
anderen Werten
und
Entscheidungs-
grundlagen*

- Rückzug des Staates*
- Das GATS und der derzeitige Versuch einer Liberalisierung der Dienstleistungen kann auch als zunehmender (erzwungener) Rückzug des Staates aus Wirtschaft und Gesellschaft gelesen werden. Gesetzgebende Institutionen werden entmündigt und sie verlieren die Kontrolle über den Gesetzesprozess. Die Befürchtung von Arbeitnehmervertretern ist die, dass zwar nationale Gesetze, welche im Interesse der Arbeitnehmer sind, dereguliert werden, aber auf internationaler Ebene nichts Gleichwertiges eingeführt wird (in Österreich z. B. das Verbot, dass bestreikten Betrieben keine ausländischen Arbeitskräfte vermittelt werden dürfen). Arbeitnehmer haben ein Interesse daran, dass staatliche Instanzen und Gesetze ihre unmittelbaren Bedürfnisse sichern. Mehr als fraglich ist, ob, wenn die bislang öffentlichen Dienstleistungen wie medizinische Versorgung, Schulbildung etc. privatwirtschaftlich organisiert werden, diese von allen Teilen der Bevölkerung noch in Anspruch genommen werden können. Die laufenden GATS-Verhandlungen sind aus Sicht der Arbeitnehmer gegen deren Interessen gerichtet²¹, weil:
- alle wesentlichen Interessenslagen der Arbeitnehmer staatlicher Gesetze bedürfen um sie absichern zu können.
 - in der WTO-Systematik alle diese Interessenslagen und damit die diesbezüglichen Gesetze im Hauptkapitel „Dienstleistungen“ (GATS) erfasst sind (darunter fallen u. a. der Arbeitsmarkt, die sozialen Netze, der Gesundheitsbereich, der Bildungsbereich, Sozialversicherungen etc.).
 - alle wesentlichen Gesetze zum Schutz oder zur Unterstützung der Arbeitnehmer in den Länderlisten bereits erfasst sind.
 - sie daher zu deregulieren sind, sprich zu entfernen, ohne dass irgendeine andere Instanz jemals das Regulierungsrecht eingeräumt bekäme.
- Potenzialität*
- Das Problem liegt v. a. in der Potenzialität der WTO-Regelungen. Es ist nicht notwendigerweise so, dass durch weitere Liberalisierung im GATS sofort die öffentliche Versorgung mit Bildung, Wasser, medizinischer Versorgung oder wichtige Arbeitnehmerrechte untergraben werden. Aber wenn ein In-

vestor irgendwann darin ein lukratives Betätigungsfeld sieht, so sind die rechtlichen Grundlagen dafür bereits vorhanden und die Politik hat sich bereits verpflichtet einen derartigen Weg zu beschreiten. Mit der Ausdehnung des GATS auf das Bildungs- und Gesundheitswesen und das öffentliche Beschaffungswesen verschärft sich diese Tendenz, da sich der Spielraum von Regierungen verkleinert, Regierungsaufträge an bestimmte Bedingungen wie z. B. die Bevorzugung lokaler Firmen, die Einhaltung von Menschenrechten oder Umweltschutzgesetzen zu knüpfen. Entwicklungsländer sehen darüber hinaus die nationalen (Dienstleistungs-)Unternehmen bedroht, da diese nicht mit weltweit operierenden Konzernen, deren erstes Ziel die Vergrößerung des Marktanteils bzw. die Erringung einer Monopolstellung ist, konkurrieren können. Das Grundproblem liegt in den Folgewirkungen: eine privatisierte Sozialversicherung, ein privatisiertes Gesundheitssystem privatisiert eben auch die Krankheit. Krankheit wird so tendenziell zum individuellen Versagen erklärt, ihre Beseitigung ist nicht länger eine gesellschaftliche Aufgabe. Wenn Bildung zum ökonomischen Gut wird, dann ist der freie Zugang für jeden eben nicht mehr selbstverständlich. Und wenn Schulen zu ökonomischen Institutionen erklärt werden, ist es nur eine Frage der Zeit, bis mittelfristig auch die dort vermittelten Inhalte und Grundüberzeugungen zum ökonomischen Gut werden und durch jene definiert, die die finanziellen Ressourcen zur Verfügung stellen. Staatliche Verantwortung wird dadurch ausgehöhlt und privaten Anbietern von Dienstleistungen überlassen. Eine ausgleichende Kontrolle z. B. ausländischer Anbieter über gesetzliche Bestimmungen wird durch das Nichtdiskriminierungsgebot gleichzeitig verunmöglicht. Gegen eine wuchernde Privatisierungs-ideologie hätte man sich v. a. in den Bereichen von Allgemeingütern und -dienstleistungen wie Bildung, Gesundheit, Wasser und grundlegende Infrastruktur schon deshalb zu stellen, weil dadurch „alle Prinzipien der sozialen Staatsbürgerschaft, der Solidarität, der Gleichheit unter den Menschen“ über Bord geworfen würden. „Denn eine Gesellschaft, in der alles privatisiert ist, hat kein Gemeingut mehr, sie braucht nicht mehr zu

Ausdehnung des GATS

Vergrößerung des Marktanteils

Krankheit: individuelles Versagen

staatliche Verantwortung wird ausgehöhlt

soziale Staatsbürgerschaft

wissen, wie man gemeinschaftlich lebt.“²²

*Partei für die
Liberalisierung*

Im Konfliktfall zwischen Ökologie und Liberalisierung können die Streitbeilegungsgremien der WTO gar nicht anders, als Partei für die Liberalisierung zu ergreifen, da sie nur auf die von der WTO umfassten Abkommen wie das GATT, GATS, TRIPs etc. zurückgreifen können um festzustellen, ob hier eine Rechtsverletzung vorliegt. Umweltrelevant sind v. a. das Prinzip der Meistbegünstigung (Artikel I GATT), das Prinzip der Nichtdiskriminierung (Artikel III GATT), das Prinzip der Beseitigung von mengenmäßigen Beschränkungen (Artikel XI GATT) und Artikel XX des GATT-Abkommens, das sich mit den Ausnahmen beschäftigt:

*gleichwertige
Waren nicht
ungleich
behandeln*

Artikel I besagt, dass gleichartige Waren (like products) nicht ungleich behandelt werden dürfen, z. B. wenn sie im einen Fall mit umweltbelastenden Produktionsverfahren hergestellt werden und im anderen nicht. Artikel III schließt eine Besserstellung nationaler Produkte aus, auch wenn diese mit höheren Umweltauflagen erzeugt wurden. Artikel XI untersagt den Vertragsparteien alle Formen von nichttarifären Handelshemmnissen, also auch Importverbote aus Umweltschutzgründen. Der Artikel XX sieht vor, dass Maßnahmen zum Schutz von Leben, Gesundheit und natürlichen Ressourcen ergriffen werden können und diesen Vorrang gegenüber den Liberalisierungsverpflichtungen eingeräumt werden kann. Diese Bestimmung wird aber dahingehend eingeschränkt, dass es durch diese Schutzbestimmung zu keiner willkürlichen oder ungerechtfertigten Diskriminierung zwischen den Ländern kommen darf oder dass diese Bestimmung zu einer verschleierten Beschränkung des internationalen Handels führt. Für die Beurteilung dieser Einschränkungen fehlen aber im WTO-Recht zureichende Kriterien. Die WTO ist für die Liberalisierung der Ökonomie zuständig, nicht aber für deren Folgen, deshalb wird nach den Prinzipien der Meistbegünstigung, Nichtdiskriminierung und Liberalisierung entschieden.

*zureichende
Kriterien fehlen*

4. Forderungen an eine „Weltwirtschaftsorganisation“

Die WTO ist in ihrer derzeitigen Ausrichtung nicht geeignet, einen produktiven Beitrag zum menschlichen Über- und Zusammenleben auf diesem Planeten zu leisten. Wenn ein regionale Kreisläufe überschreitender Austausch von Waren und Dienstleistungen aufrechterhalten werden soll, so wäre eine Weltwirtschaftsorganisation neuen Typs dazu aufgerufen dafür zu sorgen, dass die Kosten eines derartigen ökonomischen Austauschs nicht den Nutzen übersteigen und dass der Nutzen gerecht verteilt wird. Dazu wäre es notwendig, dass internationale Menschenrechte, Arbeitnehmerrechte, Umweltrechte, Konsumentenrechte über die WTO-Prinzipien gestellt werden. Gegenwärtig befinden wir uns auf einem höchst ungleichen Spielfeld, wenn zwar WTO-Prinzipien mit Zwangsmechanismen versehen sind, gleichzeitig aber Menschen-rechtsübereinkommen, Land-Minen-Abkommen, Biodiversitätsabkommen, Arbeitnehmerrechte etc. über keinen derartigen Mechanismus verfügen. Eine neue Weltwirtschaftsorganisation hätte insbesondere die folgenden Aufgaben zu erfüllen:

- Sie hätte dafür zu sorgen, dass die Preise die tatsächlichen Kosten – (inklusive externalisierter Kosten wie: Umweltkosten (Transport, Bodenerosion, Luftverschmutzung, Wasserverbrauch etc.), (krank machende) Arbeitsbedingungen und (nicht-angemessene) Löhne) – reflektieren.
- Entscheidungsgremien wären (im Gegensatz zur WTO) mit Umweltexperten, Vertretern von Arbeitnehmerorganisationen und Vertretern anderer Betroffener besetzt.
- Ihre Aufgabe bestünde u. a. darin, eine Form des Wettbewerbs zu stoppen, der auf Kosten der Bevölkerung, zukünftiger Generationen und der Ökosysteme geführt wird.
- Anders als bei der WTO dürften die Sicherheitsstandards eines (demokratischen) Landes nicht in Frage gestellt werden, solange diese Standards für inländische wie für ausländische Produzenten gleichermaßen gelten.
- Wasser und alle Formen des Lebens wären von allen Handelsregimen ausgenommen.

zu einem produktiven Beitrag nicht geeignet

Rechte über die WTO-Prinzipien stellen

tatsächliche Kosten

Entscheidungsgremien

Wettbewerb

Sicherheitsstandards nicht in Frage stellen

- Zusammensetzung, Produktion, Inhalt*
- Waren wären hinsichtlich ihrer Herkunft, ihrer Zusammensetzung, der Art und Weise, wie sie produziert wurden, der Stoffe, die sie nicht enthalten (z. B. gentechnisch veränderte Organismen) transparent. Derartige Informationen dürfen nicht (wie derzeit unter WTO-Regime) als zu beseitigende Handelshemmnisse betrachtet werden, sondern als Informationsrecht der Konsumenten.
- veröffentlichungspflichtig*
- Im Gegensatz zur WTO wären Beschlüsse und Ergebnisse veröffentlichungspflichtig, ebenso wäre ein öffentlicher Zugang zu Streitbeilegungsverfahren und zu Informationen, welche Unternehmen betreffen, die in den Streit involviert sind (Arbeitsbedingungen, Ausstoß von Giftstoffen etc.), zu gewährleisten.
 - Die Voraussetzung für das Recht eines Landes den Streitbeilegungsmechanismus einer zu schaffenden Weltwirtschaftsorganisation in Anspruch zu nehmen wäre die Unterzeichnung aller relevanten internationalen Abkommen (z. B. Streitfragen in den Bereichen des Ölhandels, Schadstoffausstoß von Fahrzeugen etc. setzen die Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls voraus; Handel von Pelzen als Streitfrage setzt die Unterzeichnung des Rio-Protokolls über Biodiversität voraus etc.).
- Unterzeichnung relevanter Abkommen*
- NGOs*
- NGOs als Vertreter der Zivilgesellschaft wären direkt in Entscheidungsprozesse eingebunden.²³
- Vorsichtsprinzip*
- Anerkennung des Vorsichtsprinzips im Gegensatz zur bestehenden WTO, welche nur den sicheren Beweis der Gefährlichkeit als Grundlage einer handelshemmenden Maßnahme anerkennt.
- nationale Souveränität*
- Die bisherige Praxis muss umgekehrt werden: nationale Souveränität über die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Entwicklung anstelle ihrer Unterordnung unter das WTO-Regime und eine an sozialen und ökologischen Erfordernissen ausgerichtete Regulation internationaler Wirtschaftsbeziehungen durch eine Weltwirtschaftsorganisation anstelle einer Deregulation der globalen Ökonomie durch das gegenwärtige WTO-Regime.
- Neuformulierung der Ziele*
- Insbesondere würde eine derartige Weltwirtschaftsorganisation auf der Neuformulierung der handlungs-

leitenden Ziele basieren: Nicht die Integration von Ländern in die Weltökonomie steht im Vordergrund, sondern die Aufgabe, die Grundbedürfnisse der Weltbevölkerung zu befriedigen. Die Gruppe von Lissabon²⁴ schlägt hier einen Weltgesellschaftsvertrag vor, in dessen Mittelpunkt die Befriedigung der Grundbedürfnisse (Nahrung, sauberes Wasser, medizinische Versorgung, Bildung) steht. Dies ist ein völlig anderer Ausgangspunkt. Hier denken wir über die notwendigen Prinzipien, Regeln und Institutionen nach, die dieses Ziel erreichbar werden lassen. Dazu ist es aber notwendig, Leitplanken und Schutzmechanismen einzuziehen, um die außer Rand und Band geratene Ökonomie zu zivilisieren und das Primat einer demokratisch legitimierten Politik herzustellen. Eine Weltwirtschaftsorganisation würde dann eben nicht mehr ausschließlich in der Liberalisierung internationaler Güter- und Kapitalströme ihr Ziel erkennen, sondern im Schutz von regionalen Ökonomien, der Herstellung von Kostenwahrheit im internationalen Güterverkehr, der Beschränkung überflüssigen Handels, im Schutz des Rechtes auf Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln etc., auch wenn diese Ziele der Liberalisierungsdoktrin widersprechen. Ökologische und soziale Standards für Exportgüter wären verbindlich zu machen, Unternehmen mit internationalen Beschaffungsketten wären dazu angehalten, Rechenschaft auch über Arbeitsbedingungen und ihren Ressourcenverbrauch abzulegen. Eine derartige Organisation hätte als ein weiteres Ziel die Kontrolle des Finanzsektors durch Beendigung des Bankgeheimnisses, Einführung von Steuern auf spekulative Kapitalbewegungen und die Sicherstellung einer effizienten Unternehmensbesteuerung.

*Gruppe von
Lissabon*

*außer Rand und
Band geratene
Ökonomie*

*ökologische und
soziale
Standards*

5. Schlussbemerkungen über die Reformierbarkeit der WTO

Um noch einmal auf die einleitende Unterscheidung zwischen der apologetischen, der reformistischen und der kritischen Perspektive zurückzukommen: Der Apologet wiederholt die

<i>notwendige Anpassungsprozesse</i>	Behauptung, die WTO und ihre Prinzipien stellten notwendige Anpassungsprozesse an eine natürliche gesellschaftlich-ökonomische Entwicklung dar und trage zum weltweiten Wohlstand bei. Der Reformier betonte die Funktion der WTO innerhalb eines globalen ökonomischen Systems und versuchte ihre Funktionsfähigkeit reibungsloser zu organisieren. Der Kritiker fragt danach, inwieweit die WTO geeignet ist, die
<i>drängende Menschheitsprobleme</i>	drängendsten Menschheitsprobleme zu lösen. Aus dieser Sicht kann die Antwort nur lauten, dass die WTO in ihrer derzeitigen Form keinesfalls zur Lösung dieser globalen Problemlagen beiträgt, sondern zu ihrer Verschärfung. Die Aussichten, die WTO derart zu reformieren, dass Menschenrechte, Ökologie und Arbeitnehmerrechte Vorrang vor dem abstrakten Ziel der Liberalisierung und globalen ökonomischen Integration (und dem konkreten Ziel der Verwandlung des Planeten in eine von Transnationalen Unternehmensnetzwerken auszubeutenden Mine) haben, sind verschwindend gering. Die WTO derart zu reformieren hieße, sie als WTO abzuschaffen. Wenn die WTO derart verändert werden
<i>demokratisch legitimiert und transparent</i>	würde, dass sie demokratisch legitimiert und transparent ist, wenn die Interessen der Armen, der Arbeiter und der Umwelt vorrangig berücksichtigt werden, wäre es eine andere WTO als diejenige, die gegenwärtig ein Instrument der „corporate globalization“ ist. Aus dieser Sicht erscheint die Option einer „Selbstaflösung“ der WTO durch Austritt der einzelnen Mitgliedsstaaten (verpflichtet durch demokratische Entscheidungen ihrer Bevölkerungen) als direkterer und erfolgversprechenderer Weg um das Primat von (Über-)Lebensrechten
<i>Primat von (Über-)Lebensrechten</i>	sicherzustellen. Die WTO ist eine institutionalisierte Manifestation einer wirtschaftspolitischen Ideologie, in deren Zentrum partikuläre ökonomische Interessen stehen; die tatsächlichen Probleme, vor denen die Weltgesellschaft heute steht und die möglichen Lösungsansätze sind ganz woanders zu suchen. Die WTO ist nicht die Ursache aller Probleme, trägt aber mehr zu deren Verschärfung als zu deren Lösung bei. Als Symptom und Instrument einer spezifischen Weltwirtschaftsordnung gilt für sie ebenso, was Narr und Schubert für dieses System als Ganzes festhalten: Sie stellen eine systemimma-

nente „weltweite Brutalisierung“²⁵ fest, denn „die Weltökonomie weist nicht nur Ungleichheiten auf; sie reproduziert dieselben ständig“.²⁶ Diese Reproduktion von Ungleichheit im globalen Maßstab beruht auf der Konkurrenz des Ungleichen und dem ruinösen transnationalen Spitzenwettbewerb. Zum Wesen dieser Weltökonomie gehöre, „dass in ihr Menschen, Unternehmen und Staaten unter qualitativ unterschiedlichen Ausgangsbedingungen miteinander konkurrieren. Die Aufteilung der Konkurrenten in Sieger und Besiegte, in Eingeschlossene und Ausgegrenzte, in Bevorzugte und Benachteiligte ist unvermeidlich. Jenseits von Profit- und Machtkriterien werden keine anderen gesellschaftlichen Werte als Bestandteil der Effizienzprüfung zugelassen.“²⁷

*Reproduktion von
Ungleichheit*

*nur mehr
Effizienzprüfung*

Kritiker dieser Form der Globalisierung und ihrer Institutionen sehen sich häufig mit dem Vorwurf des Protektionismus konfrontiert. Aber die Protektionismus-Keule trifft nicht. Sie wird hauptsächlich von denen geschwungen, die zwar scheinheiligerweise dann plötzlich die Interessen der Entwicklungsländer und der Arbeitnehmer entdecken, wenn ein System kritisiert wird, das ihre Profite sichert, aber gleichzeitig permanent verhindern, dass Mindeststandards im Bereich der Arbeitnehmerrechte, Konsumentenrechte oder des Umweltschutzes verbindlich implementiert werden. Es ist eine neue Form des Protektionismus, die aus der Einsicht entspringt, dass die globale Ökonomie untrennbar mit Lebensbedingungen, Arbeitsbedingungen, Menschenrechten, Nahrungsmittelsicherheit etc. verbunden ist. Diese Form des Protektionismus beruht nämlich gerade nicht auf der kleinlichen Attitüde des ökonomischen Eigennutzens, sondern hat den Schutz (Protektion) von Lebens- und Überlebensgrundlagen, von Menschen- und Umweltrechten und damit eine nachhaltige und solidarische Weltgesellschaft im Auge.

Mindeststandards

Anmerkungen:

- 1 vgl. Narr, W.-D. und Schubert, A., Weltökonomie – Die Misere der Politik, Frankfurt 1994
- 2 vgl. Beck, U., Was ist Globalisierung?, Frankfurt. 1997.
- 3 vgl. Balanya, B., Doherty, A. et al., Europe Inc., Regional & Global Restructuring and the Rise of Corporate Power. London 2000.
- 4 ICC, World business priorities for a new round of multilateral trade negotiations, Commission on Trade and Investment, 21 June 1999, Policy statement Document 103/213, www.iccwbo.org vom 17.06.2001
- 5 ICC, Business wants new trade negotiations, www.iccwbo.org vom 17.06.2001
- 6 ICC, Budapest Business Declaration, ICC 33rd World Congress Report, Budapest 3-5 May 2000, www.iccwbo.org vom 17.06.2001
- 7 ICC, Budapest Business Declaration, ICC 33rd World Congress Report, Budapest 3-5 May 2000, www.iccwbo.org vom 17.06.2001
- 8 ICC, ICC actions and achievements, www.iccwbo.org vom 17.06.2001
- 9 ICC, Business wants new trade negotiations, www.iccwbo.org vom 17.06.2001
- 10 ABD, TABD stresses new priorities, calls on governments to agree on WTO round agenda by June summit, TABD-Newsletter May 2001 Issue 01-2 www.tabd.org vom 17.06.2001
- 11 ebenda
- 12 ebenda
- 13 Maucher, H., The Geneva Business Declaration, ICC, Geneva 24. September 1998, S. 2
- 14 ICC, Budapest Business Declaration, ICC 33rd World Congress Report, Budapest 3-5 May 2000, www.iccwbo.org vom 17.06.01
- 15 ICC, Globalization and EU enlargement are main congress themes. ICC 33rd World Congress Report, 3-5 May 2000, www.iccwbo.org vom 17.06.01
- 16 Lang, T., Globalizing Food Standards: The Role of the Codex Alimentarius Commission, in: Whole Earth Spring 2000
- 17 Der verantwortliche Manager von Monsanto, James Enyart, meinte dazu: *„Industry has identified a major problem in international Trade. It crafted a solution, reduced it to a concrete proposal and sold it to our own and other governments ... The industries and traders of world commerce have simultaneously played the role of patients, the diagnosticians and the physicians.“* zitiert nach: Balanya e.a., 2000, S. 129)
- 18 vgl. Balanya, B. e.a., Europe Inc. – Regional and Global Restructuring and the Rise of Corporate Power, London 2000, S. 130
- 19 vgl. dazu u.a.: Karliner, J., The Corporate Planet, San Francisco 1997, Korten, D., When Corporations Rule the World, San Francisco 1995
- 20 Dies erklärt auch die offene Freude von Internationaler Handelskammer und

anderen Lobbyorganisationen Transnationaler Unternehmen an der WTO und verbindet sich nahtlos mit der Forderung der ICC nach einer „regelbasierten Freiheit“ (rule based freedom) für Unternehmen. Was in der Geneva Business Declaration der ICC (Maucher H., The Geneva Business Declaration, Statement by Helmut O. Maucher, President of the International Chamber of Commerce, at the conclusion of the Geneva Business Dialogue, 24. September 1989) irreführend als „*Balance between freedom and rules for running local and global business*“ bezeichnet wird, stellt sich bei näherer Betrachtung gerade nicht als Balance von Pflichten und Rechten der Unternehmen dar: Einerseits wird die Freiheit von Unternehmen ohne legislative Hindernisse ihren Geschäften nachzugehen gefordert, und gleichzeitig sollen Regeln nicht für Unternehmen, sondern für Staaten erlassen werden, um diese Freiheiten weltweit zu garantieren. Anstelle einer Balance von Rechten und Pflichten wird also das Recht der Unternehmen und die Verpflichtung der Staaten diese Rechte zu institutionalisieren betont und gleichzeitig gefordert, dass die Unternehmen bei der Formulierung der Verpflichtungen der Staaten gegenüber den Unternehmen eine federführende Rolle einzunehmen hätten. *“Freedom can only work within rules, and the same holds good for markets. Business needs the backing of effective laws, rules and institutions for its own operations and to ensure overall civil stability ... Broader efforts should now follow in order to foster rules-based freedom for business, with the WTO assuming a key role. ... We want to become even more focused and efficient in our policy work. To be able to speak up clearly and strongly for business on major global issues, we must make sure that our own message has both substance and long-term relevance. In ICC, we must improve our services and further develop our role as a rule-maker.”*

- 21 Im Gegensatz dazu die ICC: „ICC was an early advocate of placing services on the agenda of the Uruguay Round.“ (ICC, Business wants new trade negotiations, www.iccwbo.org vom 17.06.2001)
- 22 Petrella, R., Wider eine Gesellschaft, in der alles privatisiert ist, Frankfurter Rundschau, 28. Nov 1998 S. 8
- 23 vgl. Benedek, W.: Developing the Constitutional Order of the WTO – The role of NGOs, in: Development and Developing International and European Law. Essays in Honour of Konrad Ginther on the Occasion of this 65th Birthday, edited by Benedek, Isak und Kicker, Frankfurt 1999.
- 24 Die Gruppe von Lissabon, Grenzen des Wettbewerbs – die Globalisierung der Wirtschaft und die Zukunft der Menschheit, München 1997.
- 25 Narr, W.-D. und Schubert, A., a.a.O. S. 13
- 26 ebenda, S. 123
- 27 ebenda, S. 43

INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

WISO

WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinander gesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)
Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00
Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter www.isw-linz.at)

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter www.isw-linz.at.



BESTELLSCHEIN*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
- 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: www.isw-linz.at

Name _____

Institution/Firma _____

Straße _____

Plz/Ort _____

E-Mail _____

BESTELLADRESSE:

ISW
Weingartshofstr. 10, A-4020 Linz
Tel. ++43/732/66 92 73-33 21
Fax ++43/732/66 92 73-28 89
E-Mail: wiso@ak-ooe.at
Internet: www.isw-linz.at